

Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Geseke

(24.) Satzung vom 17.12.2019 zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Geseke vom 29.08.1990

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. S. 666), der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes vom 21.10.1969 (GV. NW. S. 712) und der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen (StrReinG) vom 18.12.1975 (GV. NW. S. 706), in den jeweils geltenden Fassungen, hat der Rat der Stadt Geseke in seiner Sitzung am 10.12.2019 folgende Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Geseke vom 29.08.1990 beschlossen:

§ 1

§ 6 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Bei einer einmaligen zweiwöchentlichen Reinigung beträgt die Benutzungsgebühr je m Grundstücksseite (Absätze 1 bis 3) jährlich

- a) für Straßen des innerörtlichen Verkehrs: 1,67 €,
- b) für Straßen des überörtlichen Verkehrs: 1,14 €.

§ 2

Diese Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

Gemäß § 2 Abs. 3 BekanntmVO NRW wird bestätigt, dass die vorstehende Satzung mit dem Ratsbeschluss vom 10.12.2019 übereinstimmt und das Verfahren nach § 2 Abs. 1 und 2 BekanntmVO NRW durchgeführt wurde.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzungen nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren ist nicht durchgeführt worden;
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und die dabei verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Geseke, den 17.12.2019

Der Bürgermeister
gez. Dr. van der Velden